

"Little Beautiful City"

Autor(en): **Bänziger, Werner**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Badener Neujaarsblätter**

Band (Jahr): **81 (2006)**

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-324877>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Little Beautiful City»

Werner Bänziger

«Was würden Sie tun, wenn Sie in die Vergangenheit reisen könnten?» Was als Hollywood-Szenario in «Back to the future» reizvoll war, würde für unser Land schnell zum Albtraum. Dennoch verwickelt uns die nationale Rechte mit einer stundenlangen Beharrlichkeit seit Jahr und Tag in Abwehrschlachten, die, was ihre Tonalität anbelangt, kaum mehr überbietbar scheinen: Nichts weniger als der Untergang des Vaterlandes wird an die Wand gemalt.

Dass die EU als «Reich des Bösen» wahrgenommen und die Schweiz als «Insel der Seligen» gekennzeichnet wird, mag man getrost als Teil der hiesigen Politfolklore verschmerzen, allerdings stellt sich in allem Ernst die Frage, ob die integrationspolitischen Endlosschleifen mit den effektiven Problemen wie fehlendes Wirtschaftswachstum, strukturpolitische Hemmnisse, Versagen der bisherigen Integrationspolitik, ungewisse Aussichten der Sozialversicherungen und Staatsverschuldung etwas zu tun haben. Wer die europapolitischen Abstimmungskämpfe der letzten 12 oder 13 Jahre verfolgte, kann ein Gähnen nicht unterdrücken: Die Wiederholung der Wiederholung gebärdet sich als Schicksalsfrage.

So, genau so, verhielt es sich mit der Schengen-Dublin-Abstimmung. Dass das Vorhaben, die Sicherheitspolitik mit den EU-Staaten abzustimmen, nicht allen Schweizerinnen und Schweizern gefiel, war nachvollziehbar, die Qualität der angeführten Argumente markierte aber einen neuerlichen Tiefpunkt: Derweil sich die Befürworter um eine gewisse Sachlichkeit bemühten, setzten die Gegner auf ein bewährtes Rezept: Arbeitsplatzverlust wurde prophezeit, ein Ansteigen der Kriminalität prognostiziert und staatspolitisch von einem enormen Souveränitätsverlust gesprochen. Dass die Grenze bereits heute offen ist, offener als manchem lieb ist, blieb unerwähnt. Die Frage, was von einem Identitätskonzept zu halten ist, das die Schweizer Schlagbäume für unverzichtbar hält, harrt einer Antwort.

Der Kanton Aargau hat die Schengen-Dublin-Vorlage am 5. Juni 2005 mit 51,6% Nein relativ knapp abgelehnt. Weil national ein Ja-Stimmen-Überhang von rund 250 000 zu verzeichnen war, blieb das Nein des Aargaus ohne Wirkung. Was in

anderen Landesgegenden zu vermerken war, bestätigte sich auch in unserem Kanton: Je urbaner eine Siedlung ist, desto «europafreundlicher» stimmte sie ab. Dass der Bezirk Baden mit 55,3% für ein Ja plädierte, erstaunt nicht. In diesem Gesamtergebnis widerspiegeln sich aber, um die Eckwerte anzugeben, 67,9% Ja in der Stadt Baden und 37% in Künten. Die Gemeinden liegen zwar nur 30 Postautominuten auseinander, politisch aber trennen sie Welten.

Sichtbar wurde dieser «Graben» auch bei der mit Spannung erwarteten Grossratswahl vom 27. Februar 2005. Die kantonalen Resultate wurden, ob zu Recht oder zu Unrecht, als gesamtschweizerische Tendenz interpretiert. Sie erbrachten der SVP einen herben Verlust von 4,1% auf 29,3%, der FDP von 2% auf 17%, derweil die Grüne Partei um 3,4% auf 7,4% zulegen konnte, die EVP um 1,1% auf 6%, die SP um 1,4% auf 20% und die CVP, nach einer langen Phase von Niederlagen, um 2,7% auf 17,6%. Im Bezirk Baden verlor die SVP nur 0,8%, die FDP aber 2,6%. Die «Wahlsiegerin» CVP brachte es auf einen bescheidenen Zuwachs von 0,3%, während die SP immerhin 1,8% zulegen konnte.

Da der Grosse Rat um 60 auf 140 Sitze verkleinert wurde, hat man allgemein mit Abwahlen gerechnet. Im Bezirk Baden traf es Fabian Schenkel (SVP), Gusti Ungricht (SVP), Daniel Pfyl (SVP), Daniel Frautschi (SVP), Peter Schuhmacher (FDP), Brigitte Müller-Kaderli (EVP) und Dragan Najman (SD). Letztgenannter hat damit eine wichtige politische Bühne verloren, gehörte er doch zu den aktivsten, aber vermutlich auch wirkungslosesten Grossräten. Sein verbissener Kampf gegen alles Fremde trug mitunter tragikomische Züge. Seitdem die SVP das Rechtsaussenspektrum zu integrieren begann, ist die Luft für die Schweizer Demokraten dünn geworden, gerade noch 1,7% erzielte die Partei bei den letzten Grossratswahlen in unserem Bezirk. In der Stadt Baden ist Dragan Najman allerdings nach wie vor Einwohnerrat.

Die im Oktober 2005 anstehenden Einwohner- und Stadtratswahlen werfen bereits im Berichtsjahr ihre Schatten. Josef Bürge, langjähriger Einwohnerrat (1972–1984), ab 1984 Stadtrat und ab 1985 Stadtammann, wird sein Amt nach fünf (!) Amtsperioden abgeben. Im Nachhinein mag es bedauerlich erscheinen, dass ihm der Einstieg in die Bundespolitik misslungen ist, dem Vorwurf, ein «Sesselkleber» zu sein, hat er sich aber verdienterweise zu entziehen vermocht. Zieht man die Oberhäupter von anderen aargauischen Städten in Betracht, fällt die Bilanz positiv aus: Bürge war keiner, der in eine vergangenheitsorientierte Zukunft wollte. Baden hat sich als «urbaner Lebensraum» unter seiner Führung weiterentwickeln und entfalten können.

Obwohl die Stadt vor enormen Investitionen steht, ist die Finanzlage gut, das Jahr 2004 erbrachte wohl einen Aufwandüberschuss von 13,5 Millionen Franken, in

der Aufwandrechnung enthalten sind aber 32 Millionen Franken Investitionen, insbesondere für das Berufsbildungszentrum in Baden Nord, das 2007 seinen Betrieb aufnehmen wird. In das frei werdende Berufsschulhaus Burghalde soll der-einst die Tagesschule einziehen. Baden wird damit einen Weg fortsetzen, der in der Region beispielgebend war und ist: Wer der Gleichberechtigung von Mann und Frau zustimmt, muss solche Projekte unterstützen. «Die Tätigkeit an der Tagesschule fordert den Lehrpersonen zwar viel ab, gibt ihnen aber die Befriedigung, an einem Pionierwerk teilzuhaben ...» Was Silvia Herzog, Leiterin der Tagesschule Baden, sagt, hat für die Stadt selbst Geltung: Pioniergeist tut jedem Gemeinwesen gut.

Stichwort Grosszügigkeit: Dass der Badener Einwohnerrat im Juni 2005 für den Neubau des Stadtarchivs einen Baukredit von 1,857 Millionen Franken sprach, ist bemerkenswert. Die Stadt wird dadurch der Verantwortung gegenüber dem «Gedächtnis» ihrer Verwaltung und Geschichte gerecht, und das zu einem Zeitpunkt, wo sich Politikerinnen und Politiker aller Couleur darin üben, floskelhaft das Wünschbare vom Notwendigen zu trennen – Clio wird es danken! Als kleinlich dürfte hingegen Peter Blöchliger, der Verwaltungsratspräsident der Stadtcasino Baden AG, den Entscheid des Aargauer Regierungsrats empfunden haben, dass der Annexbau vorerst doch ein Opfer der Kurpark-Initiative wird. Er könne nicht nachvollziehen, dass eine auf geltendem Recht beruhende Baubewilligung aufgehoben werde, meinte er. Wer selber nicht involviert ist, kann an der regierungsrätlichen Begründung nichts aussetzen: Öffentliches Interesse gehe privatem voran, heisst es darin. Gut, dass das Prinzip wieder einmal laut erwähnt wurde. Irritierend ist allein der Umstand, dass rückwirkend Recht gesetzt wurde.

Wie in vielen anderen Gemeinden war auch in Baden die Mobiltelefonie ein Thema. Dass vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern der Gedanke unangenehm ist, einer ständigen Strahlendusche ausgesetzt zu sein, ist nachvollziehbar, als unbefangener Beobachter fragt man sich indes, ob den Einsprechern um die in ihrer Wirkung nicht geklärte Strahlung bang ist oder allein um die Strahlung in ihrer Nähe. Bedenkt man, dass allein die Swisscom in der Zwischenzeit vier Millionen Handy-Abonnenten zählt, dürfte es langsam schwierig sein, Menschen zu finden, die keines dieser strahlenden Netze benutzen ... Das Phänomen ist nicht neu: Wenn nur ein Bruchteil der automobilen Pendler ihr Fahrzeug zu Hause stehen liesse, wären Staus in Baden zu vermeiden. Natürlich wissen wir alle, dass dies ein frommer Wunsch ist, weiter nichts, in einem säkularisierten Zeitalter wie unserem haben solche Wünsche die Eigenschaft, ungehört zu verhallen. Auf wahrscheinlich wenig Gehör werden auch die Vorschläge des Kleindöttinger Grossrats Theo Voegtli stossen: In einer Interpellation regt er an, dass ein 5,5 km langer Tunnel un-

ter dem Gebenstorfer Horn und dem Petersberg gegraben werde, um den Verkehr aus dem Aaretal direkt auf die A 1 zu führen. So sehr dieser Vorschlag die Fantasie anregt: Löcher zu graben wären in der Region noch viele. Gespannt warten wir auf den nächsten Vorschlag ...

Nicht in die Zukunft zurückgeführt, sondern zu einem integralen und gleichberechtigten Bestandteil der aargauischen Bildungslandschaft gemacht hat Dr. Urs Strässle die Kantonsschule Wettingen. Der Leiter des «Seminars» hat den Umbau der Lehrerbildungsanstalt in ein anerkanntes Gymnasium nicht nur begleitet, sondern zu gutem Teil in eigener Regie vorangetrieben. Wenn die Kanti Wettingen heute eine der Kanti Baden fast vergleichbare Grösse hat und qualitativ und quantitativ im gymnasialen Bildungsangebot fest verankert ist, darf das vorab als sein Verdienst angesehen werden. Die Spannungen zwischen den zwei Kantonsschulen haben sich glücklicherweise gelegt, gewachsen ist hüben wie drüben die Einsicht, dass eine Wettbewerbssituation auch im schulischen Bereich die Leistung zu befördern vermag. Dr. Kurt Wiedemeier, Urs Strässles Nachfolger, ist erstmals nicht mehr von der Lehrerschaft, sondern im Rahmen eines regierungsrätlichen Wahlverfahrens bestimmt worden. Dagegen ist nichts einzuwenden. Es birgt einiges an Gefahren, wenn sich das Personal seine Führung selbst wählt. Eine kleine Ironie bleibt dennoch: Urs Strässle hatte nur einen Bruchteil jener Kompetenzen, die Kurt Wiedemeier haben wird. Strukturell war der abtretende Rektor ein «schwacher», auf Konsensfindung angewiesener Schulleiter, faktisch aber hätte niemand seine «Stärke» bezweifelt. Letztlich ist, unbesehen der Struktur, entscheidend, ob Vorgesetzte ihr Amt auszufüllen und wahrzunehmen verstehen.

Dies ist für das kommende Berichtsjahr allen Berufenen zu wünschen, denn in der Vergangenheit die Zukunft sehen zu wollen, ist uns wahrlich nicht zu wünschen.